

II - 8752 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 43181J

1989-10-04

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Dr. Ofner
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Finanzierung der Sachwaltervereine

Im Sachwaltergesetz 1984 wurden Sachwaltervereine vorgesehen, die durch ausreichend geschulte Mitarbeiter dazu beitragen sollten, daß den Betroffenen qualifizierte Vertreter bestellt werden können. Mittlerweile wurden auch schon mehrere derartige Vereine gegründet, die ihre Aufgaben im Rahmen ihrer Möglichkeiten wahrnehmen.

Um die Situation behinderter Personen in Österreich zu verbessern, ist die Beistellung geeigneter Vertreter unbedingt vonnöten; im privaten Umfeld der Betroffenen kann selten ein Sachwalter gefunden werden, der ausreichende Qualifikation mitbringt. Mit den Sachwaltervereinen hingegen wurden durchwegs positive Erfahrungen gemacht.

Die Möglichkeit, von Vereinen beigestellt Sachwalter zu bestellen, ist jedoch dadurch beschränkt, daß keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Wahrnehmung ihrer Tätigkeiten zur Verfügung stehen. Bereits im Budget 1989 waren keine ausreichenden Mittel für diesen Zweck vorgesehen. In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz die nachstehende

A N F R A G E :

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, im Zuge der Verhandlungen über das Budget des nächsten Jahres noch zusätzliche Finanzmittel für die Sachwaltervereine sicherzustellen?
2. Welche Beträge halten Sie mittel- bis langfristig für den ausreichenden Ausbau der Verein Sachwalterschaft für erforderlich?
3. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um diese Finanzierung zu gewährleisten?